



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

die Adventszeit hat begonnen und mit ihr rückt auch das Ende eines ergebnisreichen Jahres näher. Mit Blick auf den Ursprung des Wortes „Advent“ - aus dem Lateinischen stammend „adventus“ = Erwartung oder Ankunft - steht für uns Christen die Adventszeit als Vorbereitung auf die Geburt Christi. Und diese Zeit steht für Besinnung und Zeit des Nachdenkens.

Betrachten wir diese Zeit politisch, so haben wir an die vorliegende Zeit ebenfalls Erwartungen. So steht in dieser Zeit die Mitgliederentscheidung der SPD-Basis an, die über die politische Verantwortung unseres Landes entscheidet. Aber auch auf Landesebene erwarten wir etwas - Klarheit in Bezug auf die gestoppte Fusion zwischen Wolfsburg und Helmstedt.

Aber natürlich haben wir alle auch persönliche Erwartungen in Verbindung mit der Adventszeit.

Ich wünsche Ihnen, dass sich Ihre persönlichen Erwartungen und Hoffnungen erfüllen, aber auch die Müße, die Adventszeit besinnlich und stimmungsvoll erleben zu können.



Ihre

Elisabeth Heister-Neumann

Mit dieser Ausgabe informieren wir Sie über

„Deutschlands Zukunft gestalten“ - Koalitionsvertrag von CDU / CSU / SPD

Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel brachte es auf den Punkt: "Der Geist dieses Vertrages heißt, dass wir eine große Koalition sind, um auch große Aufgaben für Deutschland zu meistern."

Fusion Wolfsburg - Helmstedt - Quo vadis?

Man darf also weiter darüber spekulieren, was das eigentliche Ansinnen der Verantwortlichen ist oder warum auf einmal Braunschweig mit in den Blick genommen werden muss, wenn es um die Fusion geht.

Die Arbeit der rot-grünen Landesregierung - eine Politik gekennzeichnet von Ideologie, aber ohne Sachverstand?

„...., weil sie es nicht können ...“

Stabwechsel beim Stadtverband Helmstedt

Dank an Hans-Henning Viedt für sein außerordentliches Engagement

Der etwas andere Blick - Besuch der JVA Wolfenbüttel

Nicht nur „schwedische“ Gardinen - die Gedenkstätte für die Opfer der nationalsozialistischen Justiz „mittendrin“

Die neue Stimme in der CDU-Geschäftsstelle

„Gestatten - Weber - Andreas Weber, Ihr neuer Kreisgeschäftsführer“

Kreisparteitag am 14.12.2013

Der Kreisvorstand des CDU-Kreisverbandes Helmstedt legt den Mitgliedern seinen Entwurf zur Finanzordnung vor



Schöne Adventszeit!

„Deutschlands Zukunft gestalten“ - Koalitionsvertrag von CDU / CSU / SPD

Am 27.11.2013 war es vollbracht; nach intensiven Verhandlungen haben die Vorsitzenden von CDU, CSU und SPD den Koalitionsvertrag vorgestellt. „Deutschlands Zukunft gestalten“, das wird die große Herausforderung sein, wenn der Koalitionsvertrag die Akzeptanz aller Beteiligten findet. Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel brachte es auf den Punkt: "Der Geist dieses Vertrages heißt, dass wir eine große Koalition sind, um auch große Aufgaben für Deutschland zu meistern."

Koalitionsverhandlungen zu führen, ist kein Leichtes, aber es ist gelungen, auf Forderungen der Koalitionspartner einzugehen, ohne von eigenen zentralen Wahlkampfversprechen abzuweichen, so z. B. das Versprechen, dass es keine Steuererhöhungen mit der CDU geben wird. Zu diesem Verhandlungsergebnis können wir unserer Bundeskanzlerin nur gratulieren.

In den vergangenen Tagen habe ich von CDU-Mitgliedern verschiedentlich Kritik an dem Verhandlungsergebnis vernommen; der Koalitionsvertrag verstärkt die Sozialdemokratisierung unserer Parteiarbeit auf Bundesebene. Liebe Freunde, in dem Koalitionsvertrag wurden Ziele formuliert. Er hat keinen Gesetzescharakter. Die Umsetzung der Ziele steht unter dem Finanzierungsvorbehalt. Ich rate insofern zur Gelassenheit, denn ich kenne keinen Koalitionsvertrag, der zu 100 % umgesetzt worden ist und jeder/jede weiß noch aus der vergangenen Legislaturperiode, welche Unvorhersehbarkeiten auf die Regierenden einstürmen können. Ich bin mir sehr sicher, auch unsere Bundeskanzlerin ist sich dieser Gesetzmäßigkeit bewusst!

Aber auch die beispielhaft aufgeführten Punkte unterstreichen unser christdemokratisches Verständnis für Politik:

Es wird auch weiterhin unser Ziel mit höchster Priorität sein, die Neuverschuldung zu stoppen, denn wir als CDU stehen für solide Finanzen.

Mit unserem Nein zu Steuererhöhungen werden wir auch für die Zukunft Arbeitsplätze sichern und die Grundlage für eine weiterhin gute wirtschaftliche Entwicklung schaffen. Mit stabilen Rahmenbedingungen und weiteren zukunftsorientierten Investitionen in Forschung und Entwicklung werden die Chancen auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessert. Und mit einem Mindestlohn wird vor allem garantiert, dass für gute Arbeit auch eine angemessene Bezahlung erfolgt.

Auch künftig wird es möglich sein, Betreuungsgeld zu erhalten, denn wir als Christdemokraten stehen für Familie und deren Vielfalt und werden sie auch finanziell weiter stärken. Und wir sind ebenfalls unserem Ziel ein Stück weit näher gekommen, Müttern über die „Mütterrente“ Gerechtigkeit zukommen zu lassen, deren Kinder vor 1992 geboren sind. Und mit dieser Zielvorgabe unterstreichen wir ausdrücklich auch unser Nein zum Ehegattensplitting.

Den genauen Wortlaut des Koalitionsvertrages finden Sie [hier](#).



Unser Bundesvorstand hat diesem Koalitionsvertrag einstimmig zugestimmt, das dokumentiert, dass die Inhalte die Eckpfeiler unserer Politik bilden. Fraglich und intensiv diskutiert wird aber derzeit, ob es den Verantwortlichen der SPD gelingt, die Basis zu überzeugen, da diese über die Inhalte des Koalitionsvertrages und folglich über die Akzeptanz aus Sicht der SPD abstimmen wird. Das von Marietta Slomka, ZDF „heute Journal“, geführte Interview mit dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel hat sehr starke Emotionen und Diskussionen ausgelöst. Verständnis muss man sicher auch für Herrn Gabriel zeigen, dass nach einer intensiven, sicher anstrengenden Phase der Koalitionsverhandlungen auch die eigenen Emotionen nicht immer kontrollierbar sind. Aber bei allem Verständnis für die als „nervend“ oder auch als „unverschämt“ empfundene Fragestellung ist die Frage selbst grundsätzlich nicht von der Hand zu weisen. Genau betrachtet, werden ca. 470.000 Mitglieder der SPD über die politische Zukunft unseres Landes mit ca. 80 Millionen Bürgerinnen und Bürgern entscheiden. Und da bekanntermaßen die SPD von mehr als 470.000 Wählerinnen und Wählern gewählt wurden, werden z. B. grundsätzlich auch die ausgeschlossen, die dieser Partei die Stimme gegeben haben. Aber ernüchternder ist das eigentliche Verhältnis dieses Zahlenspiels. Und das zu hinterfragen, bei allem Respekt gegenüber Handelnden, muss auch erlaubt sein.

Aber im ursprünglichen Sinne der Adventszeit hoffen wir mal, dass sich die in Verantwortung stehenden Mitglieder mit den Details des Koalitionsvertrages und die sich aus dieser Grundlage ergebenden Chancen für unser Land befassen und „emotionsfreie“ Sachbezogenheit in ihre Entscheidung einfließen lassen.

Fusion Wolfsburg - Helmstedt - Quo vadis?

Die Kommunen, ihre Verfassung und ihre Strukturen waren seit je her dem Wandel unterworfen.

Es gab Zeiten, da war allein der Bürgermeister zu Entscheidungen in seiner Gemeinde befugt. Das Ratsgremium durfte den Bürgermeister lediglich beraten. Die nachfolgende Zweigleisigkeit mit einem ausschließlich repräsentativ handelnden Bürgermeister hatte ebenfalls keinen Bestand; sie wurde durch die Einführung eines hauptamtlichen, direkt gewählten Bürgermeisters abgelöst.

Mit der Einführung des hauptamtlichen Bürgermeisters waren große Erwartungen verbunden, insbesondere auch Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger. Denn sie waren es, die diesen Bürgermeister nun direkt wählen durften. Diesem mit starken Befugnissen ausgestatteten Hauptverwaltungsbeamten (Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landrat) ist schon allein durch das Niedersächsische Beamtengesetz die Pflicht auferlegt, sein Amt unparteiisch zu führen und insbesondere Mäßigung und Zurückhaltung bei politischer Betätigung an den Tag zu legen. Soweit zur Theorie, willkommen in der Realität!

Es mag sich ein jeder bereits sein eigenes Urteil zu den Fusionsverhandlungen Landkreis Helmstedt/Stadt Wolfsburg gebildet haben, und es mag der eine oder andere bereits zu einem abschließenden Urteil über den Stopp dieser Fusionsverhandlungen gekommen sein. Vielleicht betrachten einige unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger diese Art und Weise der Verhandlungen sogar als „normalen Ablauf“ von Fusionsprozessen und nicht als unprofessionelles, zudem intransparentes „Gewurschtel“. Im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung ist aber die Verhandlungsführung, sind die Verhandlungsabläufe mehr als kritisch zu betrachten!



Die kommunale Selbstverwaltung ist per Grundgesetz (Artikel 28) und Niedersächsische Verfassung (Art. 57 Abs. 1) garantiert! Auf die Praxis bezogen heißt das, die Gemeinden, Landkreise und die Region verwalten ihre eigenen Angelegenheiten in eigener Verantwortung im Rahmen der Gesetze. Die Mitverantwortung des Staates, in diesem Fall des Landes Niedersachsen, findet über die sogenannte Aufsicht statt; diese Aufsicht reduziert sich auf die Einhaltung der Gesetze.

Wie passt es dann in das Bild der kommunalen Selbstverwaltung, dass der Innenminister unseres Landes meint, die Fusionsverhandlungen stoppen zu können? Die Landesregierung hat eindeutig und wiederholt erklärt, sie wolle keine Gebietsreform durchführen, die Fusionsprozesse sollen von den Landkreisen und Städten selbst betrieben werden.

Fusionsgespräche zu führen, gehört eindeutig zu den Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung! Und ein Verstoß gegen ein Gesetz wurde nicht benannt, weil damit auch gegen kein bestehendes Gesetz verstoßen wurde! Man muss sich also ernsthaft fragen, welches politische Schauspiel wird auf dem Rücken unserer Mitbürger gespielt und wer spielt hier mit wem? Wer führt eigentlich die Regie mit welcher Rollenverteilung für die Verantwortlichen im Landkreis Helmstedt und in der Stadt Wolfsburg? Bei der sogenannten „Theaterkritik“ dieses Schauspiels kann es nur schlechte Kritiken geben, insbesondere wenn man die Pressemitteilung des Innenministeriums vom 13.11.2013 zur Fusion der Landkreise Göttingen und Osterode liest. Zitat: „Dieser Zusammenschluss kann **ein** Vorbild für andere Kommunen sein, deren Leistungsfähigkeit gefährdet ist“, sagte Pistorius. Und warum gilt das nicht für unsere Region?

Auch auf ein Blick in Parlamentsdokumente des Niedersächsischen Landtags macht deutlich, Reden und Handeln laufen auf zwei parallele Ebenen, die in unserem Fall nicht zur Deckung gelangen. „Kommunale Selbstverwaltung ist das Herz der Demokratie. ... Ohne handlungsfähige Kommunen lässt sich jedoch unser Gemeinwesen auf Dauer nicht zusammenhalten. Die Landesregierung versteht sich daher als Anwältin der Städte, Gemeinden und Landkreise und wird die Kommunen als Partner stärken. Dies gilt auch für die Diskussionen über Strukturveränderungen, insbesondere auch im Hinblick auf den Zukunftsvertrag und die dort vereinbarten Entschuldungshilfen. Die Landesregierung steht allen Kommunen, auch denen im Landkreis Helmstedt und dort insbesondere mit Blick auf eine in der Region diskutierte gemeinsame gebietskörperschaftliche Veränderung des Landkreises Helmstedt und der Stadt Wolfsburg, **beratend und unterstützend** zur Seite ...

Der „Berater“ (der Innenminister) hat jedenfalls unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass der vor Ort gewünschte, mit viel finanziellem und zeitlichem Aufwand betriebene Fusionsprozess in einer Sackgasse gelandet ist. Die Fusion scheint dem Innenminister zwar möglich, ist aber nicht gewünscht. Da helfen dann auch nicht die aufwändigen, mindestens drei vom Steuerzahler finanzierten Gutachten!

Wegen der nicht vorhandenen Transparenz im Verfahren wird weiter spekuliert werden, was das eigentliche Ansinnen der Verantwortlichen ist und warum die „Braunschweig-Karte“ vom Land nicht frühzeitig ins Spiel gebracht wurde.

Was wahr ist, bleibt aber auch wahr! Ablehnen kann das Vorhaben - Fusion Landkreis Helmstedt und Stadt Wolfsburg zu einem neuen Gemeindeverband - nur der Landtag des Landes Niedersachsen und nicht die Landesregierung unter Ministerpräsident Weil.

In diesem Zusammenhang schauen wir erwartungsvoll auf die kommende Sitzung des Niedersächsischen Landtages. Angelika Jahns hat, auch in unserem Namen, mehrere mündliche Anfragen zu diesem Thema gestellt. Auf die Antworten hierzu sind wir gespannt!

[Anfrage zur mündlichen Beantwortung der CDU-Landtagsabgeordneten Angelika Jahns](#)

Die Arbeit der rot-grünen Landesregierung - eine Politik gekennzeichnet von Ideologie, aber ohne Sachverstand?

Sie erinnern sich „Weil er es nicht kann“? Welch kluge, vorausschauende Aussage aus Zeiten des Wahlkampfes, auch wenn man sie im Ergebnis erweitern muss - „...., weil sie es nicht können!“. Ein jedes Herz eines die niedersächsische Landespolitik betrachtenden Kolumnisten dürfte eigentlich höher schlagen. Nur unsere hiesigen Tagesmedien spiegeln es nicht wider, denn sie scheinen sich immer noch als Medienpartner zu sehen, nicht aber als objektiver Betrachter der tatsächlichen Arbeit. Der Redaktion dieses Newsletters jedenfalls bietet diese Landesregierung zumindest sehr viel Zündstoff.

Als Zündstoff entwickelt sich auch das weitere Vorgehen zur Umsetzung der inklusiven Beschulung. Seit Beginn dieses Schuljahres ist die gemeinsame Unterrichtung der Kinder mit und ohne Behinderung gelebte Praxis. Als wir vor anderthalb Jahren gemeinsam mit FDP und SPD den Beschluss gefasst haben, hatten wir uns entschieden, einen behutsamen Weg zu beschreiten. Behutsam bedeutet mit Blick auf die Schullandschaft, das Förderschulsystem nicht abzuschaffen. Nunmehr steht rot-grün in Regierungsverantwortung und hat einen neuen Weg eingeschlagen: sie strebt die Schließung von zahlreichen Förderschulen in Niedersachsen an. Vielleicht von den Protesten der Eltern beeindruckt, hat man dieses Vorhaben zunächst um ein Jahr verschoben. Es ist erstaunlich, dass die heute in Verantwortung stehende Regierung nicht in der Lage ist zu erkennen, dass Kinder sich nicht in Systeme pressen lassen, die von ideologisch gelebter Politik vorgegeben wird. Es geht hier vorrangig um das Wohl der Kinder, und das lässt sich nicht pauschal formulieren! Das bedeutet vielmehr, man muss das Kind individuell in den Blick nehmen, um letztlich entscheiden zu können, ob ein Kind inklusiv beschult werden kann oder aber ein Schutzraum in Form von Förderschule angeboten werden muss. Und nicht Politik kann diese Entscheidung treffen, sondern hier sind es die Eltern, die zum Wohle ihres Kindes entscheiden wollen und müssen - und das hat Politik zu respektieren. Denn rot-grün sollte nicht vergessen, dass es einen gesetzlich legitimierten Elternwillen gibt. Und die Abschaffung eines Förderschulsystems aber nimmt Eltern die Wahlmöglichkeit!

„Zündend“ ist aber auch das Vorgehen von Kultusministerin Frauke Heiligenstadt. Aber nicht im positiven Sinne. Mit ihrem Vorhaben, die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte an Gymnasien von 23,5 auf 24,5 Stunden zu erhöhen, entfachte sie eine Welle des Protestes in nie da gewesener Massivität. Und nur wer genauer hinschaut, welche weiteren Aufgaben für Lehrkräfte mit einer Unterrichtsverpflichtung verbunden sind, kann erahnen, dass es hier auch um eine beachtliche Erhöhung der tatsächlichen Arbeitszeit von Lehrkräften geht. Denn mit einer weiteren Unterrichtsstunde ist eine zusätzliche Arbeitszeit von 2 Stunden verbunden, um die Unterrichtszeit vor- bzw. nachzubereiten. Aber der Ankündigung nicht genug, denn alle Lehrkräfte Niedersachsens sollen anscheinend die „Früchte“ der Arbeit dieser Landesregierung zu spüren bekommen - Aussetzung der Altersermäßigung für alle Lehrer ab 55 Jahre. Vergessen, dass im April noch die Aussage pro Altersermäßigung war. Und mit Blick auf die Lehrkräfte im gymnasialen Bereich, denen die Altersermäßigung nicht gewährt wird, ihnen wird sogar eine doppelte Belastung zuteil - die nicht gewährte Ermäßigung und die zusätzliche Unterrichtsverpflichtung! Welch Ohrfeige für Lehrkräfte, die darauf vertrauten, dass Wahlkampfversprechen eingehalten werden. Und wer in seiner Erinnerung „kramt“, muss

zu der ernüchternden Feststellung gelangen, dass es bereits der zweite Bruch von Wahlversprechen der SPD gegenüber Lehrkräften ist, denn 1998 versprach man Lehrkräften, über Arbeitszeitkonten ein Ansparen von Stunden zu ermöglichen, um frühzeitiger in den Ruhestand gehen zu können. 2008 durfte man sich mit der Erkenntnis auseinandersetzen, dass dieses Versprechen auf keiner soliden Basis stand, denn für den Zeitpunkt der Einlösung waren keinerlei Vorbereitungen getroffen worden!

Verständlich, dass die Lehrkräfte an den Gymnasien versuchen, dieses Schicksal abzuwenden, wobei der gewählte Weg des Protestes in Form der Verweigerung der Durchführung von Klassenfahrten diskussionswürdig erscheint. Mit dieser Entscheidung wird aber auch wieder eine Schulstrukturdebatte entfacht, denn klar ist, dass Eltern befürchten, dass ihre Kinder am Gymnasium es künftig mit frustrierten Lehrkräften zu tun haben werden. Für manchen wird dies vielleicht ein Grund sein, das eigene Kind lieber an einer Gesamtschule beschulen zu lassen. Nur ein Schelm würde wohl unterstellen, dass man mit diesem Vorhaben versucht, die Schulform Gymnasium unattraktiv erscheinen zu lassen, um der eigenen Ideologie von Gesamtschule scheinbare Vorteile einzuräumen. Ein genauer Betrachter wird ernüchternd feststellen, dass Wahlversprechen nicht mit Blick auf haushälterische Aspekte ausgesprochen wurden und man nunmehr in der Not ist umzuschichten, um sich nicht in Gänze Vorwürfen eines Wählerbetrugs aussetzen zu müssen.

Verantwortung für eine solide Finanzpolitik sieht anders aus, zu dieser Feststellung kann man nur gelangen, wenn man die Personalpolitik der neuen Landesregierung betrachtet. Schwerpunkt war es zunächst, eigene Gefolgsleute auf hoch besoldeten Stellen zu verankern. Und wenn keine Stellen vorhanden waren, wurden sie geschaffen. Nehmen wir als Beispiel nur mal die 4 Stellen der künftigen Regionalleiter. Es werden bereits Namen gehandelt, wer diese Posten inne haben soll und das Personalkarussell soll sich geschwind drehen - aber es gibt noch nicht mal ein vorweisbares Konzept, wie der Aufgabenzuschnitt oder Verantwortungsbereich aussehen soll - und das wird sogar öffentlich eingestanden. Im Vorfeld aber sorgt man z. B. bei Mitarbeitern des Landesamtes für Geoinformation und Landesentwicklung für Unruhe, da man dieses Landesamt zerschlagen will, um Personal für die neuen Regionalleiter freizusetzen. So geht man nicht mit Bediensteten um, das widerspricht jeglicher Fürsorgepflicht.

Beim Stichwort Fürsorgepflicht kommt man nicht umhin, auch den vorzeitig in den Ruhestand geschickten Staatssekretär a.D. Paschedag zu erwähnen. Ein sehr offensichtlicher Versuch, von weiterem Fehlverhalten abzulenken, denn es ist nach den Ergebnissen der Arbeit im Untersuchungsausschuss nicht mehr haltbar, dass Minister Meyer und auch Ministerpräsident Weil hier verantwortungs- und pflichtbewusst agiert hätten. Und in der Folge der Aufklärung hat sich diese Landesregierung nun zu verantworten, denn mit der an den Tag gelegten „Aufklärungsbereitschaft“ hat man gegen elementare Informationsrechte des Parlaments verstoßen. Mit Interesse schauen wir der Entscheidung des Staatsgerichtshofes entgegen.

Nur mit Sorge kann man die Arbeit dieser Landesregierung betrachten, denn die Beachtung von Recht und Gesetz gehört anscheinend nicht zu ihren Stärken.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, das holprige, von Pleiten, Pech und Pannen begleitete Regierungshandeln bereitet so manchem Mitglied der Regierungskoalition zunehmendes Magengrummeln, wie man aus Kreisen des Parlaments hört. Und wenn es dann noch um die Debatten zu Strukturveränderungen in den Regionen geht, spürt man förmlich die Anspannung im Regierungslager. Wie lange hält die Ein-Stimmenmehrheit der Regierungsfractionen? Eine berechtigte Frage! Es ist gut, dass sowohl unser Landesvorsitzender David McAllister wie auch unser CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag Björn Thümler überzeugend darlegen, die CDU ist jederzeit bereit, die Regierungsverantwortung erneut zu übernehmen!

Stabwechsel beim Stadtverband Helmstedt

Am 27. November 2013 stellte der CDU-Stadtverband Helmstedt die Weichen für die künftige Arbeit des Stadtverbandes. Bereits frühzeitig hatte Hans-Henning Viedt signalisiert, dass er sein Amt als Vorsitzender des Stadtverbandes Helmstedt niederlegen werde. Es war mir ein besonderes Anliegen, Hans-Henning Viedt für sein außerordentliches Engagement zu danken, dies nicht nur als Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes, sondern vielmehr auch als stellvertretende Vorsitzende der Landespartei, denn mit ihm hatte man stets einen verlässlichen Partner an der Seite. Auch an dieser Stelle, lieber Henning, noch einmal meinen herzlichen Dank für die über die lange Zeit an den Tag gelegte souveräne Arbeit.



Großes Vertrauen sprachen die Mitglieder Norbert Dinter aus, der mit großer Mehrheit zum neuen Stadtverbandsvorsitzenden gewählt wurde. Auch dir lieber Norbert, noch einmal herzlichen Glückwunsch und gutes Gelingen für diese neue Herausforderung! Mein Glückwunsch gilt aber selbstverständlich allen weiteren gewählten Mitstreitern, die sich in der Funktion ihrer gewählten Ämter ebenfalls in den Dienst unserer Partei stellen!

„Der etwas andere Blick - Besuch der JVA Wolfenbüttel



November - eine trübe Zeit wettertechnisch betrachtet, aber vor allem ein Monat, der uns mahnt, der Toten zu erinnern und zu gedenken. Im Bewusstsein dieser Zeit hat der Vorstand der Frauen Union im Kreisverband Helmstedt im Beisein der Vorsitzenden der Frauen Union des Landesverbandes Braunschweig, Marion Övermöhle-Mühlbach, sowie zusammen mit weiteren Interessierten die Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel besucht.

Stand zum einen der grundsätzliche Besuch einer Justizvollzugsanstalt im Blickfeld, um sich über Haftalltag, -bedingungen und Projekte der Sozialisierung zu informieren, war es doch ein Besuch der besonderen Art. Denn wann schließen sich unumgänglich schon mal hinter einem die Türen, die man selbst nicht mehr in der Lage ist zu öffnen? Man kann sicherlich nur erahnen, wie es den Häftlingen tatsächlich in ihrer Haftzeit ergeht und welches Gefühl es sein muss, isoliert von der Gemeinschaft sein Leben zu verbringen, auch wenn sie grundsätzlich die Verantwortung dafür selbst zu übernehmen haben. Ein besonderer Dank gilt insbesondere Martin Berger, Justizvollzugsbeamter und zuständig für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Er gewährte uns nicht nur per gesprochenes Wort Einblick in den Haftalltag, auch ein Blick in Hafräume oder auch Arbeitsstätten wurde uns ermöglicht. Und zu denken muss uns geben, dass Martin Berger nicht allein Anstrengungen der Justizvollzugsbediensteten zur Resozialisierung von Inhaftierten verdeutlichte, leider muss bei einer Vielzahl der Insassen erst einmal der Weg in eine grundlegende Sozialisierung beschritten werden.

Diese Justizvollzugsanstalt ist von besonderer Bedeutung, denn die Einmaligkeit dieser Anstalt ist, dass sich innerhalb des Vollzugsgeländes die Gedenkstätte für die Opfer der nationalsozialistischen Justiz befindet. Diese Gedenkstätte verdeutlicht gnadenlos das dunkle Kapitel in der Geschichte der niedersächsischen Justiz - das Vermächtnis um das Wissen von Juristen, die, statt an Gerechtigkeit mitzuwirken, zu rechtsfremden Zwecken missbraucht wurden. Die Halle, in der die Grausamkeiten vollstreckt wurden, betritt man schon in der Ahnung, das dort Schreckliches passierte, aber vor allem auch mit Ehrfurcht. Die Schilderungen der Abläufe inszenierten ein Szenario vor Augen, das einen auch heute noch erschüttert und erschauern lässt.

Institutionelle unabhängige Gerichtsbarkeit - für wahr ein kostbares Gut in unserer Gesellschaft!

Die neue Stimme in der CDU-Geschäftsstelle

Beim letzten Kreisparteitag am 17.10.2013 hatte ich berichtet, dass sich personelle Veränderungen ergeben, nachdem Elisabeth Heydenreich ihren wohlverdienten Ruhestand angetreten hat. Die auf dem Parteitag angekündigte Zusammenarbeit mit dem Kreisverband Wolfsburg ließ sich letztlich aber nicht umsetzen, da sich bei unserem favorisierten Modell finanzielle Nachteile für den Kreisverband Wolfsburg ergeben hätten, die er, verständlicherweise, nicht bereit war ohne weiteres zu tragen.

So galt es, im Kreisvorstand eine Alternativlösung zu beraten und über sie zu entscheiden. Als Kreisvorsitzende habe ich vorgeschlagen, unseren bisherigen stellvertretenden Kreisvorsitzenden **Andreas Weber** mit der Aufgabe der Kreisgeschäftsführung ab 01.12.2013 zu beauftragen. Dieser Vorschlag fand breite Unterstützung. Ich freue mich über die Bereitschaft von Andreas Weber, diese wichtige Aufgabe mit einem Stundenkontingent von 20 Stunden zu übernehmen. Die Vorstandskolleginnen und -kollegen waren einig darin, dass Andreas Weber aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit für unsere CDU in den unterschiedlichsten Funktionen fundiertes Basiswissen mit einbringen wird, beste Voraussetzungen also. Selbstverständlich hat Andreas Weber umgehend auf sein Amt als stellvertretender Kreisvorsitzender verzichtet, da beide Funktionen nicht miteinander zu vereinbaren sind.



Zum Team in der Kreisgeschäftsstelle gehört wie bisher Frau Elke Marquardt, die den Kreisgeschäftsführer mit einem Kontingent von 15 Stunden unterstützen wird.

Die o. a. beschriebene Neuaufstellung der Kreisgeschäftsstelle ist mit der Landesgeschäftsstelle der CDU Niedersachsen abgestimmt, so dass wir von dort weiter finanziell unterstützt werden.

Ich freue mich sehr, dass mit der Neuorganisation der Kreisgeschäftsstelle unser CDU-Kreisverband für die kommende Zeit sowohl inhaltlich als auch finanziell gut aufgestellt ist. Ich bin mir sicher, wir werden weiter an Schlagkraft gewinnen und die neu gewonnenen Potentiale in konstruktive engagierte Parteiarbeit zum Wohle der Menschen in unserer Region einbringen.

Abschließend noch ein besonderes Dankeschön!

Dankeschön an unseren Wolfgang Fischer und Andreas Weber, die mit mir gemeinsam nach dem Ausscheiden von Elisabeth Heydenreich in der Kreisgeschäftsstelle übergangsweise jeweils einen Tag in der Woche Dienst geleistet haben. Dankeschön für die Unterstützung bei der Erstellung der Kreisgeschäftsstellenkonzeption, an der auch Norbert Dinter und der gesamte Kreisvorstand kontinuierlich mitgewirkt haben.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Andreas Weber auch in seiner neuen Funktion und wünsche ihm für diese neuen Herausforderungen alles Gute!

Kreisparteitag am 14.12.2013

Am **14.12.2013** findet ab **09.30 Uhr** unser nächster Kreisparteitag in „**Funkes Bräustübl**“, **Neumärker Str. 36, in Helmstedt** statt. Zur Beratung und Entscheidung steht die neue Finanzordnung des CDU-Kreisverbandes Helmstedt an. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich der Arbeitsgruppe danken, die sich sehr intensiv mit der Finanzordnung fachlich und sachlich auseinandergesetzt hat. Der Arbeitsgruppe gehörten an: Wolfgang Fischer, Andreas Weber, Norbert Dinter.

Nutzen Sie aber auch die Gelegenheit, zusammen mit unserem **Bundestagsabgeordneten Günter Lach** zur Bundespolitik und zum Koalitionsvertrag in den Dialog zu treten; er wird Gast unseres Kreisparteitages sein, um uns zu informieren.

Ich freue mich auf Ihre Teilnahme !!!

IMPRESSUM

Verantwortlich:

Elisabeth Heister-Neumann

Vorsitzende des

CDU-Kreisverbandes Helmstedt

REDAKTION:

Sabrina Wachsmann

Pressereferentin des

CDU-Kreisverbandes Helmstedt

sabrina.wachsmann@web.de, Tel.: 0162 9137037